



Jalid Sehouli · Matthias David (Hg.)

SCHULD TRADITION VERANTWORTUNG

Die universitäre
Frauenheilkunde in Berlin
während des
Nationalsozialismus

be.bra
wissenschaft verlag

JALID SEHOULI / MATTHIAS DAVID (HG.)

Schuld, Tradition, Verantwortung

Die universitäre Frauenheilkunde in Berlin
während des Nationalsozialismus

be.bra
wissenschaft verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2021
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebraverlag.de
Herausgeber: Prof. Dr. Jalid Sehouli, Prof. Dr. Matthias David
Umschlag: typegerecht berlin (Foto: Matthias David)
Satz: Zerosoft
Schrift: DTL Albertina 9,8/13 pt
Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH, Regensburg
ISBN 978-3-95410-289-1

www.bebra-wissenschaft.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Grußwort	9
<i>Tobias Korenke</i>	
»Sag nicht, es ist für's Vaterland ...« Widerstand ist möglich. Gedanken aus Anlass des 100. Geburtstags von Sophie Scholl	11
<i>Sabine Schleiermacher</i>	
Die Charité im Gefüge des »Dritten Reichs« Personen und Netzwerke in nationalsozialistischer Forschungs- und Gesundheitspolitik	15
SCHULD	
<i>Jacqueline Turek / Jens Westemeier / Hendrik Uhlendahl / Mathias Schmidt</i>	
»But, unfortunately for him, he got into a concentration camp.« Der Ravensbrücker Lagerarzt Percival Treite (1911–1947)	39
<i>Hans-Joachim Lang</i>	
»Meine in Auschwitz angefertigten Röntgenaufnahmen hat Professor Wolff am 7. oder 8. Januar 1945 in Berlin gesehen.« Carl Claubergs (1898–1957) Zwangssterilisationen von Häftlingsfrauen in Block 10	53
TRADITION	
<i>Andreas D. Ebert</i>	
Im Schatten der Universitäts-Frauenklinik? Georg August Wagner (1873–1947) und die Charité-Frauenklinik	75

Matthias David

»... daß wir nicht geboren sind glücklich zu sein,
sondern um unsere Pflicht zu erfüllen ...«

Biographische Anmerkungen zu Walter Stoeckel (1871–1961)..... 89

VERANTWORTUNG

Fritz Dross / Wolfgang Frobenius

»Kollege und Kollege ist zweierlei«

Zur Biographik verfolgter »nichtarischer«

Gynäkologinnen und Gynäkologen im Nationalsozialismus 113

Hanfried Helmchen

Warum erinnern?

Die eugenisch-präventive Zwangssterilisation im Wandel der Zeit 131

Susanne Michl / Jalid Sehouli

Ethik und klinische Medizin

Ein (notwendiger) Dialog über historische und

gesellschaftliche Verantwortung 141

Volker Roelcke

Die Lancet-Kommission zu »Medizin und Holocaust«

Zivilisationsbruch und Reflexionspotenzial für die Medizin

der Gegenwart 147

Autorenverzeichnis..... 151

Vorwort

Bereits in den vergangenen Jahren hat sich die Charité mit Ausstellungen, Symposien und einem Buchprojekt ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit gestellt und mit der Aufarbeitung verschiedener Fachgebiete begonnen. Zunächst war die Psychiatrie, später die Chirurgie mit Ferdinand Sauerbruch Gegenstand der Untersuchungen. Herausgearbeitet wurde, wie sich bedeutende Repräsentanten der Medizin zu Ausgrenzung und Verfolgung stellten, wie sie Forderungen der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik umsetzten und ob sie sich an medizinischen Verbrechen wie den »Euthanasie«-Aktionen und den Experimenten an Menschen beteiligten.

Der vorliegende Band versammelt die Ergebnisse eines (pandemie-bedingt virtuellen) Symposiums, das sich im Frühjahr 2021 unter dem Titel »Schuld, Tradition, Verantwortung« der universitären Frauenheilkunde in Berlin während des Nationalsozialismus widmete. Fachkundige Referentinnen und Referenten gaben dabei Einblick in den aktuellen Stand der Forschung zu verschiedenen Aspekten und Problemfeldern.

So trägt die Fachdisziplin Frauenheilkunde in besonderer Weise Verantwortung dafür, die Involvierung von Ordinarien und leitenden Ärzten etwa bei der Umsetzung des Gesetzes zur Zwangssterilisation »Erbkranker« zu erforschen. Am Beispiel der Ärzte Percy Treite und Carl Clauberg werden im Folgenden inhumane Grenzüberschreitungen in der Medizinforschung beschrieben.

Die Lebensgeschichten der Ordinarien der beiden Universitäts-Frauenkliniken, Walter Stoeckel und Georg August Wagner, zeigen die Bandbreite individuellen Handelns und die konservativen Prägungen in der damaligen Ärzteschaft, aber auch ihre zum Teil ambivalenten Einstellungen zu den nationalsozialistischen Machthabern und ihren gesundheitspolitischen Zielen.

Die Publikation der Vorträge soll nicht nur zur weiteren Beschäftigung mit der Medizin im Nationalsozialismus und ihrer Enthumanisierung als Teil der Wissenschaftsgeschichte anregen, sondern auch zur grundsätzlichen Auseinandersetzung über Fragen ärztlicher und wissenschaftlicher Verantwortung beitragen.

Dabei ist auch zu fragen, ob sich bestimmte Denkweisen und -muster der wissenschaftlichen Medizin vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis in den Nationalsozialismus erhalten haben und welche Lehren heute, ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und drei Jahrzehnte nach

der deutschen Wiedervereinigung, aus den Ereignissen zwischen 1933 und 1945 für die aktuelle und zukünftige Forschung zu ziehen sind.

Wir sind froh, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in mehreren Lehrveranstaltungen des aktuellen Modellstudiengangs der Charité verankert ist. Der Blick zurück hat auch das Ziel, über gegenwärtige und potenzielle Gefährdungen der modernen Medizin nachzudenken. Wir wollen einen interdisziplinären Dialog über die Verantwortung der Medizin und anderer Wissenschaften in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft anregen.

Die Veröffentlichung dieses Tagungsbands liefert einen weiteren Baustein zur transparenten und nachhaltigen Aufarbeitung der Geschichte der Charité in der Zeit des Nationalsozialismus, hier mit dem Schwerpunkt Frauenheilkunde. Wir danken den Autorinnen und Autoren für ihre fundierten und aufschlussreichen Beiträge.

Für die finanzielle Unterstützung bedanken wir uns bei der Stiftung Charité und für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung des Bandes beim be.bra wissenschaft verlag.

Jalid Schouli
Matthias David

Grußwort

Medizin kann nicht unhistorisch sein. Man kann zwar aus der Geschichte nicht im vordergründigen Sinne lernen, aber man kann an der Geschichte lernen, indem man die historischen Verhaltensweisen analysiert und die Ergebnisse dazu benutzt, die aktuellen Entwicklungen vor ihrem historischen Hintergrund einzuordnen und zu verstehen. Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ist in diesem Zusammenhang eine wesentliche Aufgabe. Es gab im sogenannten Dritten Reich Ärzte, die in der Perversion ihrer medizinischen Tätigkeit Schuld auf sich geladen haben. Andere sympathisierten mit dem Nationalsozialismus, weil dieser Teilen ihres Weltbildes entsprochen hat. Nur wenige Ärzte und Medizinstudenten haben Widerstand geleistet – wie z.B. die Gruppe um die Geschwister Scholl in München. An Sophie Scholl, deren Geburtstag sich am 9. Mai 2021 zum 100. Male jährt und die am 22. Februar 1943 wegen ihrer Mitgliedschaft in der Widerstandsgruppe Weiße Rose zum Tode verurteilt und am selben Tag hingerichtet wurde, sei in diesem Zusammenhang in besonderer Weise erinnert!

Mit diesem verdienstvollen Symposium soll den Fragen nachgegangen werden, wie sich die Protagonisten der universitären Berliner Frauenheilkunde zum Nationalsozialismus gestellt haben; wie sich deren offizielle Vertreter auf Gynäkologenkongressen und in der Fachöffentlichkeit äußerten; ob es zumindest im lokalen Bereich Widerstand, Nicht-Mitmachen, Verweigerung gegeben hat; ob sich einzelne Wissenschaftler in besonderem Maße mit dem nationalsozialistischen System einließen; ob sie die vom Regime gebotenen Chancen, ihre wissenschaftlichen Forschungen voranzubringen, ergriffen und ob sie dabei die Grenzen der Ethik und Menschlichkeit überschritten haben. Es soll also exemplarisch aufgezeigt werden, wie eine bestimmte Berufsgruppe deutscher Ärzte sich verhalten hat. Die Kenntnis solcher Verhaltensweise ist wichtig. Diese Auseinandersetzung macht es uns möglich, Scham zu empfinden und über unsere heutige Situation nachzudenken.

Der Nationalsozialismus entstand nicht aus dem Nichts, sondern konnte sich vor allem in der Anfangsphase auf die nationalkonservative, vielfach auch an der Charité vorhandene antisemitische Gesinnung von Hochschullehrern und Studenten stützen. Nichts wurde neu erdacht oder erfunden, sondern nur akzentuiert, potenziert, und grausam realisiert, was in den Köpfen von Wissenschaftlern, Hochschullehrern und Ärzten, aber auch großer Teile der deutschen Bevölkerung bereits schwelte.

Wie keine andere medizinische Fakultät in Preußen und des Deutschen Reiches erlebte die Berliner Fakultät einen personellen Aderlass durch die Vertreibung jüdischer Ärzte und Wissenschaftler mit den daraus resultierenden weitreichenden Folgen für Krankenbetreuung, Lehre und Forschung.

Bis auf wenige Ausnahmen – wie die Veröffentlichung einer Namensliste von 138 zwischen 1933 und 1945 vertriebenen und ermordeten Wissenschaftlern und Ärzten der Medizinischen Fakultät anlässlich deren 250-Jahr-Feier 1960 und Publikationen zu Einzelschicksalen – schwieg auch die Medizinische Fakultät der Humboldt-Universität lange Zeit zum problematischen Verhalten ihrer Angehörigen während der Zeit des Nationalsozialismus. Erst 50 Jahre nach der Pogromnacht von 1938 begann mit einer akademischen Gedenkveranstaltung der Versuch einer Aufarbeitung. Es sollte darum gehen, sich der Verantwortung für dieses dunkle Kapitel in der deutschen Geschichte nicht zu entziehen und sich den Wurzeln dieser Entwicklungen zuzuwenden, ihr Geflecht im Boden der deutschen Geschichte aufzuspüren.

In den 1990er Jahren setzte dann eine intensive Beschäftigung und (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit der Charité im Nationalsozialismus sowie damit zusammenhängenden Fragen ärztlicher und wissenschaftlicher Verantwortung ein, die bis heute anhält, wie auch dieses Symposium zeigt.

Wenn wir die (Medizin-)Geschichte als Ressource verstehen – was kann sie leisten, wofür könnte das Erinnern an Vergangenes nützlich sein?

Ganz allgemein ermöglicht sie uns im besten Falle, medizinische Entwicklungen und Entdeckungen in ihren sozialen und politischen Kontext einzuordnen und zu verstehen. Wir können für die Zukunft aus medizinischen und gesellschaftlichen Fehlern und Fehlentwicklungen der Vergangenheit lernen. Deshalb ist das gemeinsame Erinnern an historische Ereignisse und die damit verbundene Erinnerungsarbeit wichtig. Im Sinne einer »Projektion aus der Retrospektive« wird es Aufgabe der Geschichte bleiben, auf dem Weg in die Zukunft zu ermuntern und Zuversicht zu verbreiten und gleichzeitig dort, wo Fehlentwicklungen drohen, mit Nachdruck zu mahnen.

Prof. Heyo K. Kroemer
Vorstandsvorsitzender
Charité - Universitätsmedizin Berlin

Tobias Korenke

»Sag nicht, es ist für's Vaterland...«

*Widerstand ist möglich. Gedanken aus Anlass
des 100. Geburtstags von Sophie Scholl*

Wir tun uns in Deutschland schwer mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Er hat keinen herausragenden Platz im kollektiven Gedächtnis der Republik gefunden. »Es ist nicht so, dass die Deutschen nicht nachdächten über die Vergangenheit und die Verbrechen des Nationalsozialismus«, hat der Schriftsteller Stephan Hermlin den Grund dafür zu finden versucht. »Sie leiden darunter, dass sie ihre Märtyrer nicht unterstützt haben, jedenfalls nicht in genügender Weise.« Vielleicht hat er Recht. Vielleicht leiden die Deutschen aber auch daran, dass die viel zu wenigen Männer und Frauen, die sich gegen die Diktatur gewehrt haben, allen vor Augen geführt haben, dass Widerstand eben doch möglich war. Und deshalb suchen wir, auch heute noch in der »Republik der Blockwart-Enkel«, lieber die Egalität der Schuld, die kollektive Erniedrigung, die niemanden heraushebt aus dem Grau(-en) der Geschichte. Mit der kollektiven Schuld lässt es sich bequemer leben: »Wo alle schuld sind, ist es keiner«, hat Hannah Arendt festgestellt.

Verpasste Chance. Wir könnten und sollten vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus lernen für die Gegenwart. Die Geschichten aller Männer und Frauen des Widerstands haben etwas beizutragen, seien es die Gruppen, die sich im Attentat des 20. Juli 1944 zusammenfanden, die Rote Kapelle oder ein unfassbar mutiger Einzeltäter wie Georg Elser. In herausragender Weise gilt das für den studentischen Widerstand der Weißen Rose, der neben den Geschwistern Sophie und Hans Scholl, Alexander Schmorell, Christoph Probst, Willi Graf, Professor Kurt Huber und weitere Studierende angehörten.

Niemand wird zum Helden geboren. Nicht alle von ihnen zählen von Beginn an zu erklärten Gegnern der Nationalsozialisten. Die meisten von ihnen sind zunächst durchaus begeistert von den neuen Lehren der Volksgemeinschaft. Doch dann lassen sie sich von Texten kritischer Christen inspirieren und machen einschneidende Erfahrungen mit dem Regime und dem Krieg. Das verändert ihre Einstellungen, erst recht, als sie von der Ermordung unzähliger polnischer Juden erfahren.

Sophie Scholl wird am 9. Mai 1921 als viertes von sechs Kindern in Forchtenberg/Württemberg geboren. Das harmonische Leben in ihrer bildungsbürgerlichen, pietistisch-protestantischen Familie ändert sich mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Erst recht als sich Sophie und ihre älteren Geschwister Hans und Inge begeistert in der Hitlerjugend engagieren. Das ist den Eltern nämlich so gar nicht recht. Wie so viele junge Menschen sind auch die Scholl-Geschwister durchaus angetan vom Gemeinschaftsideal, das die Nationalsozialisten postulieren. Sophie tritt dem Bund Deutscher Mädel (BDM) bei und übernimmt hier bald Führungsaufgaben. Bei ihrer Konfirmation tragen 1937 sie und ihr Bruder Werner als einzige HJ-Uniformen, um zu zeigen, dass sie christlichen Glauben und nationalsozialistische Weltanschauung für vereinbar halten. Nachdem sie und ihre Geschwister wegen »bündischer« Umtriebe in Konflikt mit der Gestapo geraten, stellen sich mehr und mehr Zweifel an der nationalsozialistischen Ideologie ein. »Von der H.J. habe ich mich ohne mein Wollen ganz gelöst. Ich habe nichts mehr zu geben, nichts mehr zu nehmen«, notiert sie im Sommer 1937 in ihr Tagebuch. Der Krieg verstärkt ihre Distanz noch: »Manchmal graut mir vor dem Krieg, und alle Hoffnung will mir vergehen«, schreibt sie im April 1940 an ihren Freund Fritz Hartnagel, »ich mag gar nicht daran denken, aber es gibt ja bald nichts anderes mehr als Politik, und solange sie so verworren ist und böse, ist es feige, sich von ihr abzuwenden.« Sophie verschließt anders als so viele Deutsche nicht die Augen. Sie möchte die Realitäten wahrnehmen und verstehen, was läuft. Und sie erkennt, dass es falsch läuft.

Schon wenige Tage nach dem Angriff auf Polen, am 5. September 1939, hatte sie an Fritz, der als Offiziersanwärter »diente«, geschrieben: »Ich kann es nicht begreifen, dass nun dauernd Menschen in Lebensgefahr gebracht werden von anderen Menschen. Ich kann es nie begreifen und finde es entsetzlich. Sag nicht, es ist für's Vaterland.« Menschlichkeit vor Patriotismus – darum geht's ihr.

Sophie macht nach dem Abitur eine Ausbildung zur Kindergärtnerin, wird zum Reichsarbeitsdienst eingezogen und geht endlich zum Sommersemester 1942 nach München, um Philosophie und Biologie zu studieren. Hier hatte sich bereits ihr Bruder Hans in Medizin immatrikuliert. Auch seine Sympathie für den Nationalsozialismus ist längst verfliegen. Die Erfahrungen als Soldat beim Frankreichfeldzug 1940 und an der Ostfront 1942 hatten ihm die Augen geöffnet. Die intellektuelle Auseinandersetzung mit christlichen Autoren wie Carl Muth, Paul Claudel und Werner Bergengruen tat ein weiteres. Hans liebt die Freiheit und ist als ständiger Sinnsucher mehr in Konzerten, Lesungen und Diskussionsrunden unterwegs als im Hörsaal. Sophie und Hans sind eng miteinander ver-

bunden, ziehen in eine gemeinsame Wohnung, teilen die Liebe zur Kunst, Musik und Philosophie und einen großen Freundeskreis. Sie genießen das Leben in vollen Zügen. Da, wo sie sind, leuchtet München.

In diesen Wochen im Frühjahr 1942 beginnen Hans Scholl und sein Freund, der Medizinstudent Alexander Schmorell, mit dem Verfassen und Herstellen von Flugblättern gegen das NS-Regime. Wir wissen nicht, ob Sophie an den ersten Flugblättern beteiligt war. Die Inhalte geteilt hat sie zweifellos. Im Juni und Juli 1942 tauchen in München nacheinander vier Flugblätter auf. Mit vielen Zitaten aus der klassischen Literatur und christlich-moralischen Appellen wird zur Verweigerung weiterer Gefolgschaft für ein Regime aufgerufen, das einen verbrecherischen Krieg angezettelt hat: »Leistet passiven Widerstand«, heißt es im ersten Flugblatt, »Widerstand –, wo immer ihr auch seid, verhindert das Weiterlaufen dieser atheistischen Kriegsmaschine, ehe es zu spät ist, ehe die letzten Städte ein Trümmerhaufen sind, gleich Köln, und ehe die letzte Jugend des Volkes irgendwo für die Hybris eines Untermenschen verblutet ist. Vergeßt nicht, dass ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es erträgt.« Im zweiten Flugblatt werden Verbrechen des NS-Staates benannt, der Judenmord wie die Vernichtung der polnischen Elite. Die Frage »Warum verhält sich das deutsche Volk angesichts all dieser scheußlichsten menschenunwürdigsten Verbrechen so apathisch?« treibt die Autoren um und führt zur Aufforderung, nicht nur Mitleid, sondern auch Mitschuld zu empfinden und die Regierung »aus der Welt zu schaffen«. Ein Aufruf zum aktiven Widerstand aus der Erkenntnis der Schuld. Im dritten Flugblatt wird zur Sabotage aufgerufen: »Ist euer Geist schon so sehr der Vergewaltigung unterlegen, dass Ihr vergeßt, dass es nicht nur euer Recht, sondern eure sittliche Pflicht ist, dieses System zu beseitigen?« Und die vierte Aussendung beschäftigt sich u.a. mit den Fake-News der Nationalsozialisten: »Jedes Wort, das aus Hitlers Mund kommt, ist Lüge. Wenn er Frieden sagt, meint er den Krieg, und wenn er in frevelhaftester Weise den Namen des Allmächtigen nennt, meint er die Macht des Bösen.«

An der Erstellung des fünften Flugblatts, das Anfang 1943 verteilt wurde, war Sophie auf jeden Fall beteiligt. In diesem »Aufruf an alle Deutsche« lautete die Botschaft, dass Hitler den Krieg nicht mehr gewinnen, nur noch verlängern könne. Es sei höchste Zeit, sich von dem »nationalsozialistischem Untermenschentum« zu trennen. Das sechste und letzte Flugblatt richtete sich an die Studierenden in München. Hier wird die Schuld für den Untergang der Stalingrad-Armee eindeutig benannt, sie läge in der Verantwortung »der genialen Strategie des Weltkriegs-gefreiten (...). Führer wir danken dir!« Es ist das Flugblatt, das Sophie und ihr

Bruder am 18. Februar 1943 in der Universität auslegen und dabei einen Stoß von der Brüstung in den Lichthof hinabwerfen. Der Rest der Geschichte ist bekannt. Sophie und Hans werden von einem übereifrigen Hausmeister festgehalten, dem Rektorat übergeben, der Gestapo ausgeliefert. Wenige Tage später werden sie zum Tode verurteilt und anschließend hingerichtet. Sophie wird 21 Jahre alt, Hans 24 Jahre.

Man muss sich das klarmachen: In einer Zeit, in der die große Mehrheit der Deutschen die Diktatur mittrug, die Universitäten, auch und gerade die medizinischen Fakultäten, der nationalsozialistischen Ideologie verfallen waren, der Terror des Regimes seine ganze Macht entfaltet hatte, entschieden sich junge Studierende, zum Widerstand aufzurufen. Sie schauten hin als die große Mehrheit der Bevölkerung die Augen verschloss. Sie ließen Mitleid und Empathie zu, als die meisten Deutschen ihre Herzen verriegelten. Sie riefen zum Handeln auf, als die Majorität aus Angst und Bequemlichkeit in Apathie verfiel. Sie waren mutig, als die Mehrheit verzagt jede Verantwortung ausschlug. Das war mehr als ein »Aufstand des Gewissens«: Es war ein politisch und ethisch hoch motiviertes Handeln aus der Überzeugung heraus, dass man nicht schweigend zusehen dürfe, wenn Unrecht und Verbrechen geschehen, sondern dass man eingreifen müsse.

Diese Tugenden sind aktuell. Sie sind die Voraussetzung für jede freiheitliche Gesellschaft. Denn Freiheit ist nicht selbstverständlich. Wir alle sind aufgefordert, uns einzumischen und etwas dagegen zu tun, wenn die Freiheit und die Rechte der Menschen angegriffen werden. Wenn wir das tun, dann haben wir von Sophie Scholl und ihren Freunden gelernt. Widerstand ist möglich und notwendig.

Sabine Schleiermacher

Die Charité im Gefüge des »Dritten Reichs«

*Personen und Netzwerke in nationalsozialistischer
Forschungs- und Gesundheitspolitik*

Am 28. Februar 1933 forderten der Anthropologe Eugen Fischer, Rektor der Berliner Universität, der Orthopäde Hermann Gocht, Dekan der medizinischen Fakultät, und sechs weitere Hochschullehrer der Berliner Universität ihre Kollegen dazu auf, sich ihrer geplanten »Kundgebung«, mit der sie sich »einig mit der nationalen Bewegung« erklärten, anzuschließen. Im »Zusammenschlusse der nationalen Kräfte unter Führung von Adolf Hitler als Reichskanzler«, also in Abgrenzung zu den demokratischen Normen der Weimarer Republik, sahen sie »den einzig möglichen Weg, das Vaterland aus seiner wirtschaftlichen Notlage und seelischen Bedrängnis herauszuführen«. Ihr postulierte Ziel war die »Wiedergewinnung nationaler Würde, Wehrhaftigkeit und Freiheit«.¹ Damit unterstützten sie nicht nur Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, sondern machten gleichzeitig Propaganda für die NSDAP im Wahlkampf für die Reichstagswahlen am 5. März 1933, in deren Vorfeld die neue Reichsregierung mittels Notverordnung nicht nur die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt, sondern auch politische Gegner eingeschüchert hatte. Die zahlreichen Eintritte in die NSDAP von Angehörigen der medizinischen Fakultät noch vor Verhängung der Aufnahmesperre im Mai 1933, unter ihnen auch der spätere Rektor der Berliner Universität Lothar Kreuz, wie auch das von Ferdinand Sauerbruch mitunterzeichnete »Bekanntnis der Professoren ... zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat« verdeutlichen die Unterstützung für die NSDAP und die mit ihr verbundene politische Neuausrichtung des Staates.²

1 Kundgebung Berliner Universitätslehrer 28.2.1933, in: https://www.jmberlin.de/1933/de/02_28_verlautbarung-berliner-universitaetslehrer-zur-unterstuetzung-der-hitler-regierung.php (letzter Zugriff am 10.01.2021).

2 Christoph Jahr: Die nationalsozialistische Machtübernahme und ihre Folgen, in: Zusammenarbeit mit Christoph Jahr/Sven Kinas/Anne Chr. Nagel/Jens Thiel (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010 Bd. 2: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen, Berlin 2012, S. 295–324, hier S. 311, 318.

Es stellt sich die Frage, was die Ordinarien veranlasst hatte, gleich nach Antritt der neuen Regierung den neuen Machthabern öffentlich ihre Loyalität zu bekunden? Welche Beziehungen bestanden zwischen Mitgliedern der Berliner Hochschulmedizin – gemeint sind Medizinische Fakultät und Charité³ – und Einrichtungen sowie Repräsentanten des Staates? Wie waren sie in das Wissenschaftssystem eingebunden? Eröffneten sich durch den politischen Wechsel neue Chancen und wussten Angehörige der Berliner Hochschulmedizin diese zu nutzen?

Berliner Hochschulmedizin um 1933

Ein langer Struktur- und Umbildungsprozess der Hochschulen hatte insbesondere in den medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten ausdifferenzierte, arbeitsteilig organisierte und hochspezialisierte, zunehmend forschungsorientierte Einrichtungen mit großbetrieblichen Strukturen entstehen lassen. Dieser Prozess hatte eine Neudefinition professioneller akademischer Berufstätigkeit nach sich gezogen und war daher nicht ohne Auswirkungen auf das Berufsprofil und die Selbstdefinition von Universitätswissenschaftlern und Professoren geblieben. Einsparungen bei Forschung und Lehre infolge der allgemeinen ökonomischen Unsicherheit, Arbeitslosigkeit auch unter Akademikern sowie ein Anwachsen des Lehrkörpers, besonders aber der Zahl der Studierenden, die dazu noch vermehrt aus bisher an den Universitäten eher weniger anzutreffenden Bevölkerungskreisen (Mittelschicht, Frauen) kamen, wurden von den Zeitgenossen als »Nachwachstskrise«, »Überfüllungskrise« oder »akademische Berufsnot« tituliert und verstärkten bei wissenschaftlichem Personal und Professoren die Vorbehalte gegenüber der Weimarer Republik.⁴ In dem Bekenntnis von Hochschullehrern zum völkischen, homogenen nationalsozialistischen Staat kommt der Wunsch zum Ausdruck, diesen Ausdifferenzierungsprozess zu revidieren.

3 Im Text wird nicht zwischen den Universitätskliniken und -instituten sowie der selbständigen Verwaltungseinheit Charité unterschieden. Der Begriff »Charité« wird synonym für die Medizinische Fakultät der Universität Berlin bzw. die Berliner Hochschulmedizin verwendet. Professoren der Charité waren Angehörige der Medizinischen Fakultät.

4 Michael Grüttner, Der Lehrkörper 1918–1932, in: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 2, S. 135–185, hier S.137. Sabine Schleiermacher: Hochschulen in politischen Umbrüchen. Eine vergleichende Perspektive, in: Sabine Schleiermacher/Udo Schagen (Hrsg.): Wissenschaft macht Politik. Hochschule in den politischen Systembrüchen 1933 und 1945 (= Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, Bd. 3), Stuttgart 2009, S. 7–18.

Insgesamt war der Lehrkörper der Berliner Universität traditionell national-konservativ und in den 1920er Jahren zunehmend offen antisemitisch eingestellt. Mitglieder der Medizinischen Fakultät waren davon nicht ausgenommen. Durch Politik und Gesellschaft des Kaiserreichs geprägt, war ein Großteil der Ordinarien deutschnational-republikfeindlich eingestellt, was sich in ihrer Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) ausdrückte.⁵ Im Gegensatz zu den Studierenden, von denen sich 1932 zwei Drittel für die Ziele des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) verwandten, gehörten bis 1933 jedoch nur wenige Professoren und Dozenten der NSDAP an.⁶ Schließlich war Beamten in Preußen die Mitgliedschaft in dieser Partei seit 1930 verboten, so dass sich deren Mitglieder an den Hochschulen »hauptsächlich aus den Reihen der nichtbeamteten außerordentlichen Professoren und der Privatdozenten« rekrutierten.⁷

Die Medizinische Fakultät der Berliner Universität galt seit dem Kaiserreich als die größte und renommierteste im Deutschen Reich. 1932/33 studierten hier fast ein Viertel aller Medizinstudierenden. Nach der Philosophischen war sie mit 330 Lehrenden die zweitgrößte Fakultät der Berliner Universität, ein Bestand, den sie im Gegensatz zu anderen Fakultäten bis 1944 behielt.⁸ Die nationalsozialistische Machteroberung beinhaltete für sie, wie Politikwechsel im Allgemeinen, eine Neujustierung des tradierten und eingespielten Kooperationsverhältnisses zwischen Wissenschaft und Universität auf der einen sowie von Staat und Politik auf der anderen Seite.⁹

Die »Gleichschaltung« auch an der Berliner Hochschulmedizin wurde im Zusammenspiel von Wissenschaftspolitikern und Hochschulangehörigen selbst in Angriff genommen und durchgeführt.¹⁰ Tradierte Strukturelemente wie Auto-

5 Grüttner, Lehrkörper, S. 151.

6 Michael Grüttner: Die Universität im Schatten der Weltkriege, Resümee, in: Grüttner, Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 2, S. 539–558, hier S. 540f.

7 Grüttner, Lehrkörper, S. 148f.

8 Jens Thiel: Der Lehrkörper der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität im Nationalsozialismus, in: Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 2, S. 465–537, hier S. 468f.

9 Sabine Schleiermacher: Die universitäre Medizin nach dem Zweiten Weltkrieg. Institutionelle und persönliche Strategien im Umgang mit der Vergangenheit, in: Sigrid Oehler-Klein/Volker Roelcke (Hrsg.): Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus. Stuttgart 2007, 21–42, hier S. 22f.

10 Johannes Vossen: Willfähige Wissenschaft: Die Medizinische Fakultät der Berliner Universität und der Nationalsozialismus, in: Sabine Schleiermacher/Udo Schagen (Hrsg.): Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus. Paderborn, München, Wien, Zürich 2008, S. 23–36, hier S. 27–28. Vgl. auch die 2. überarb. Aufl., Berlin 2018. In: <https://charite.zeit-archiv.de> (letzter Zugriff am 13.01.2021). Ders.: Der politische Systemwechsel von

nomie, Selbstverwaltung und die Rekrutierungsmechanismen des akademischen Nachwuchses wurden nicht abgeschafft, vielmehr durch das »Führerprinzip« überformt und eine konsequente »Arisierung« vorgenommen.¹¹

Die mit der Machteroberung durch die Nationalsozialisten einsetzende Personalpolitik kann als gravierendste und folgenreichste Veränderung nach 1933 bezeichnet werden. Ausgangspunkt war die Entlassung von Universitätsangehörigen, die dem neuen Regime kritisch gegenüberstanden oder nach nationalsozialistischer Definition als »jüdisch« bezeichnet wurden. Sie wurden mit Hilfe des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« (GWB) vom 7. April 1933 aus ihren Stellungen vertrieben, ihre wissenschaftlichen wie wirtschaftlichen Existenzen wurden vernichtet.¹² Nicht selten ging die Verfolgung aus dem Kollegium oder auch von Studierenden aus, die mit Denunziationen und sogar körperlichen Angriffen die »nichtarischen Dozenten« an der Ausübung ihrer Lehrtätigkeit hindern wollten.¹³ Als Schlusspunkt der Demütigungen durch Entzug von Forschungsmöglichkeiten, wie etwa von Räumlichkeiten, oder auch des Zugangs zu Patienten, Materialien und Bibliotheken wurden ihnen die Ergebnisse ihrer Forschungen geraubt, indem sich Kolleginnen oder Kollegen des zurückgelassenen Forschungsmaterials bemächtigten oder die Vertriebenen bei Publika-

1933 und seine Auswirkungen auf die Hochschulpolitik, in: Schleiermacher/Schagen, *Wissenschaft*, S. 19–27.

- 11 Eine Vielzahl von Untersuchungen des Wechselverhältnisses zwischen nationalsozialistischer Politik und Gesellschaft und universitärer, medizinischer Forschung und Lehre verweist auf Handlungsspielräume, Partizipation und Selbstverortung medizinischer Fakultäten innerhalb der nationalsozialistischen Machtstrukturen. Exemplarisch sind hier zu nennen: Hendrik van den Bussche (Hrsg.): *Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich« – Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät*, Berlin 1989. Susanne Zimmermann: *Die Medizinische Fakultät der Universität Jena während der Zeit des Nationalsozialismus*, Berlin 2000. Wolfgang U. Eckart (Hrsg.): *Die Medizinische Fakultät*, in: Wolfgang U. Eckart/Volker Sellin/Eike Wolgast (Hrsg.): *Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus*. Heidelberg 2006, S. 641–1041. Ursula Ferdinand/Hans-Peter Kröner/Ioanna Mamali (Hrsg.): *Medizinische Fakultäten in der deutschen Hochschullandschaft 1925–1950*, Heidelberg 2013.
- 12 Ein Überblick über die rassistisch sowie politisch motivierten Verfolgungen an den Medizinischen Fakultäten im Deutschen Reich findet sich in Ursula Ferdinand: *Vertreibungen im Umgestaltungsprozess der Medizinischen Fakultäten an deutschen Universitäten im »Dritten Reich«*, in: Thomas Beddies/Susanne Doetz/Christoph Kopke (Hrsg.): *Jüdische Ärztinnen und Ärzte im Nationalsozialismus. Entrechtung, Vertreibung, Ermordung*, Berlin, Boston 2014, S. 117–148. Vgl. hierzu auch Sven Kinas: *Akademischer Exodus. Die Vertreibung von Hochschullehrern aus den Universitäten Berlin, Frankfurt am Main, Greifswald und Halle 1933–1945 (= Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, Bd. 17)*, Heidelberg 2018.
- 13 Exemplarisch sei hier auf den Umgang mit Herbert Herxheimer, a. o. Prof. für Innere Medizin, verwiesen, in: Kinas, *Exodus*, S. 129–135.

tionen, die aus ihrer Tätigkeit erwachsen waren oder noch erwachsen, einfach nicht mehr erwähnten.

Bereits vor Verabschiedung des GWB war an der Berliner Hochschulmedizin aus eigenem Antrieb und eigener Überzeugung zahlreichen Hochschullehrern gekündigt, waren Verträge nicht verlängert oder Beurlaubungen ausgesprochen worden. So wurden ab Anfang 1933 aus dem amtierenden Lehrkörper 141 von 331 Personen entfernt. Insgesamt wurden dadurch 42,6 Prozent des Personals aus ihren Stellen vertrieben. Und da hiervon überwiegend der forschende wissenschaftliche Nachwuchs betroffen war, stellt sich die Frage, ob dadurch gegebenenfalls die produktivste und innovativste Gruppe in der Wissenschaft getroffen wurde und damit nicht auch ein Verlust an Wissen verbunden war.¹⁴ Unter den Ordinarien der Berliner Hochschulmedizin gab es nur einen einzigen, der im Sinne der nationalsozialistischen Definition als »jüdisch« galt, dem die Kollegen einen Lehrstuhl gewährt hatten, den Direktor des Hygienischen Instituts Martin Hahn.¹⁵ Obwohl Hahn zu jener Gruppe gehörte, die gemäß § 3 Abs. 2 des GWB nicht in den Ruhestand zu versetzen war, da er bereits vor dem 1. August 1914 in das Beamtenverhältnis übernommen worden war, forderte ihn der Rektor, Eduard Kohlrausch, im April 1933 zum Rücktritt auf. Bis auf die Leitung des Instituts legte Hahn alle Ämter nieder und bat um Beurlaubung bis zu seiner regulären Emeritierung Anfang Oktober 1933.¹⁶

Insgesamt lag die Berliner Universität mit 35,1 Prozent reichsweit auf Platz zwei der Entlassungen; in absoluten Zahlen, das waren 280 von 797 Personen, nahm sie allein schon wegen ihrer Größe den Spitzenplatz ein.¹⁷

14 Vgl. hierzu die Angaben in: Udo Schagen: Wer wurde vertrieben? Wie wenig wissen wir? Die Verreibungen aus der Berliner Medizinischen Fakultät 1933. Ein Überblick, in: Schleiermacher/Schagen, *Charité*, S. 51–66. Überarbeitete Fassung vom 6.9.2018, in: <https://gedenkort.charite.de/menschen/> (letzter Zugriff am 14.01.2021). Kinas, *Exodus*, S. 416–424; Anonymous: *Displaced German Scholars: A Guide to Academics in Peril in Nazi Germany during the 1930s*, San Bernardino/California 1993.

15 An der Berliner Universität gab es »einen relativ hohen Anteil jüdischer (bzw. aus jüdischen Familien stammender) Dozenten, andererseits hatten sie es auch hier schwer, ein Ordinariat zu erlangen«. Jahr, *Machtübernahme*, S. 310. Aleksandra Pawliczek: »Überrepräsentierung« versus »Zurücksetzung«: Juden an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1871–1933, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* Band 12 (2009), S. 113–131.

16 Hahn verstarb am 4. November 1934. Personalunterlagen (Hahn), in: *Universitätsarchiv Humboldt Universität Berlin*, UK Pers., H 52, Bd. 3; BArch, R 4901, 13303. Sabine Schleiermacher: *Grenzüberschreitungen der Medizin: Vererbungswissenschaft, Rassenhygiene und Geomedizin an der Charité im Nationalsozialismus*, in: Schleiermacher/Schagen, *Charité*, S. 169–188, hier S. 170–172.

17 Kinas, *Massenentlassungen und Emigration*, S. 388f.

Die politisch und rassistisch motivierte Verfolgung richtete sich auch gegen Teile der Studentenschaft. So war das »Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen« vom 25. April 1933 ausschließlich gegen die nach nationalsozialistischer Definition »jüdischen« Studierenden gerichtet, deren Anteil an der Gesamtzahl der Immatrikulierten nun per Gesetz einheitlich und sehr niedrig festgelegt wurde.¹⁸ Für die Berliner Universität sind bisher 2.302 Personen bekannt, davon 805 Studierende der Humanmedizin, die auf diese Weise aus der Universität entfernt wurden.¹⁹

Als Folge der vorzeitig und sehr gründlich vorgenommenen Entfernung von Universitätsangehörigen mithilfe rassistischer wie politischer Verfolgung standen in kurzer Zeit überdurchschnittlich viele Stellen zur Wiederbesetzung zur Verfügung, die besonders bei politisch konformen Aspiranten spätestens jetzt Begehrlichkeiten weckten. So profitierte eine große Zahl von neu Berufenen. Demgegenüber ist für die Berliner Hochschulmedizin bisher nur ein Fall bekannt, in dem ein Berufener aus der Verfolgung anderer keinen Nutzen ziehen wollte. Es war der Pharmakologe Otto Kraye, der ein Lehrstuhlangebot mit der Begründung ablehnte, nicht von der »Ausschaltung der jüdischen Wissenschaftler«, die er als »Unrecht« empfand, profitieren zu wollen.²⁰

So boten neben Entlassungen die damit möglich gewordenen Neubesetzungen mit in das neue Profil passenden Personen den Entscheidungsträgern außerordentliche Möglichkeiten der Personalentwicklung. Ausschließlich politisch begründete Karrieren und Besetzungen gegen die Interessen der Ordinarien waren an der Berliner Hochschulmedizin allerdings die verschwindend geringe Ausnahme.

Die Loyalitätserweisungen und das Agieren von Professoren und Dozenten der Berliner Hochschulmedizin vor und nach dem politischen Umbruch von 1933 verweist auf ihre »Selbstindienstnahme«, in der sie dem nationalsozialistischen Regime entgegenarbeiteten. Sie sind vor dem Hintergrund einer traditionell größtenteils »antidemokratischen« Grundhaltung zu verstehen, in der sie

18 Michal Grüttner: *Studenten im Dritten Reich*. Paderborn, München 1995, S. 206–227.

19 Eine Aufstellung der Namen findet sich unter: <http://www.hu-berlin.de/ueberblick/geschichte/juedische-studierende/namensliste> (letzter Zugriff am 25.01.2021).

20 Udo Schagen: *Widerständiges Verhalten im Meer von Begeisterung, Opportunismus und Antisemitismus. Der Pharmakologe Otto Kraye (1899–1982), Professor der Berliner Universität 1933*, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte*, Bd. 10, Stuttgart 2007, S. 223–247, hier S. 223.

den »diktatorischen Ordnungsversprechen der Nationalsozialisten« folgten, auch wenn eine Distanz zur »Bewegung« existierte.²¹

Im Vergleich mit anderen Disziplinen war der Organisationsgrad in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen unter Medizinern und insbesondere in der Gruppe der sich noch etablierenden jüngeren Generation besonders hoch. So waren in Berlin von den hochschulweit 78 »Konjunkturrittern« unter den Dozenten, die noch kurz vor der Aufnahmesperre im Mai 1933 in die NSDAP eintraten, mit 40 Personen über die Hälfte Mediziner,²² obwohl die »Mitgliedschaft in der NSDAP für Jungakademiker« für deren wissenschaftlichen Karriere nicht »zwingend notwendig« war.²³ Und auch wenn im Wintersemester 1944/45 46 Prozent aller Berliner Hochschullehrer der NSDAP angehörten, kann nicht von einer politischen Übernahme der Berliner Hochschulmedizin von außen gesprochen werden. Neben einem ausgeprägten Beharrungsvermögen bewährten sich die Argumentationsmuster von »Qualifikationskriterien, Reputationsstandards und Milieus«.²⁴ Eine abschließende Bewertung ist allerdings schwer, da nicht auszumachen ist, ob in jedem Fall das Argument der Qualifikation nicht nur als Formelkriterium genutzt wurde, um Personen eigener Wahl in Stellung zu bringen und dahinterliegende Interessen zu verschleiern.

Auch nach dem politischen Umbruch von 1933 blieb die Berliner Hochschulmedizin in ihren wesentlichen Strukturelementen unverändert. Ein beachtlicher Teil der sie prägenden zwölf Ordinarien war lange vor 1933 berufen worden und etwa die Hälfte setzte ihre Tätigkeit nach 1945 fort.²⁵ Auch die vier Berufungsverfahren, in denen das Wissenschaftsministerium eigene Kandidaten auf die Liste gesetzt und berufen hatte, blieben ohne gravierende Auswirkungen.²⁶ Vielmehr

21 Ralph Jessen: *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 135)*, Göttingen 1999, S. 33.

22 Jahr, *Machtübernahme*, S. 310.

23 Thiel, *Der Lehrkörper*, S. 487.

24 Jessen, *Elite*, S. 33-35.

25 Hierzu gehörten der Zahnarzt Georg Axhausen (1877–1960), der Internist Gustav von Bergmann (1878–1955), der Neurologe und Psychiater Karl Bonhoeffer (1868–1948), der Medizinhistoriker Paul Diepgen (1878–1966), der Hals-Nasen-Ohrenarzt Carl von Eicken (1873–1960), der Radiologe Walter Friedrich (1883–1968), der Pharmakologe Wolfgang Heubner (1877–1957), der Gerichtsmediziner Victor Müller-Hess (1883–1960), der Pathologe Robert Rössle (1876–1956), der Chirurg Ferdinand Sauerbruch (1875–1951), der Anatom Hermann Stieve (1886–1952) ab 1935, der Gynäkologe und Geburtshelfer Walter Stoeckel (1871–1961). Sabine Schleiermacher/Udo Schagen: *Enthumanisierung der Medizin und die Charité im »Dritten Reich«*, in: Schleiermacher/Schagen, *Charité*, S. 9–22, hier S. 12.

26 Hierzu gehören die Berufungen auf den Lehrstuhl für natürliche Heil- und Lebensweisen (Extraordinariat), Werner Jansen (1890–1943), den der Rassenhygiene (Ordinariat), Fritz Lenz (1887–1976),

entwickelte sie sich kontinuierlich weiter und selbst unter den Bedingungen des Krieges arbeitete dort ein im Umfang fast unveränderter Personalbestand. Darüber hinaus konnte die medizinische Fakultät mit der Ausweitung bestehender Forschungsrichtungen, wie der Krebsforschung, und ihrer Öffnung für neue, wie der Naturheilkunde, Geomedizin oder Rassenhygiene, und mit ihren Kooperationen, wie etwa mit verschiedenen Kaiser-Wilhelm-Instituten (KWI), der Militärärztlichen Akademie oder staatlichen Institutionen und Repräsentanten, im neuen politischen Gefüge an Bedeutung gewinnen.

Eine enge Verbindung von Wissenschaft und Politik lässt sich an der Vergabe von Extraordinariaten, Honorarprofessuren sowie Lehraufträgen ablesen. Der hierdurch begünstigte Personenkreis von Habilitierten war, von wenigen Ausnahmen abgesehen, durch das selbstregulierte Qualifikations-, Protektions- und Selektionssystem der Hochschule evaluiert und erst danach, wiederum von wenigen Ausnahmen abgesehen, allein von dieser ausgewählt und eingesetzt worden. Zu diesen gehörten u.a. der Leiter des Rasseamtes im Reichssicherheitshauptamt, Bruno K. Schultz, der Leiter des Berliner Hauptgesundheitsamtes, spätere Leiter der Abteilung Gesundheit im Reichsministerium des Innern, Reichsärztesführer Leonardo Conti, der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Hans Reiter, der Leiter des Hygiene-Instituts der Waffen-SS, Joachim Mrugowsky, der stellvertretende Reichsärztesführer Kurt Blome, der Generaloberstabsarzt Erich Hippke, der Abteilungsleiter an der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, Siegfried Ruff, der Leiter des Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstitutes des Reichsluftfahrtministeriums, Hubertus Strughold, der Direktor der Tropenmedizinischen Abteilung im Robert-Koch-Institut, Gerhard Rose, und viele andere mehr.²⁷ Diese Reihe von Namen, denen jeweils noch weitere Funktionen hätten zugeordnet werden und die noch länger hätte fortgesetzt werden können, verweist auf die weitreichenden, netzwerkartigen Verbindungen zwischen der Berliner Hochschulmedizin und wissenschaftlichen wie staatlichen und militärischen Institutionen.

den der Hygiene (Extraordinariat, später Ordinariat), Heinz Zeiss (1888–1949) und den der Chirurgie (Ordinariat), Georg Magnus (1883–1942). Vossen, *Wissenschaft*, S. 29–32.

- 27 Vgl. Sabine Schleiermacher: Kurzbiografien der im Nürnberger Ärzteprozess Angeklagten und der an Verbrechen beteiligten Mitglieder der Berliner Medizinischen Fakultät, in: Schleiermacher/Schagen, *Charité*, S. 255–260. Dies., Strughold, Hubertus, in: *Neue Deutsche Biographie*, 25. Bd., München 2013, S. 593–595. Ingo Loose: Berliner Wissenschaftler im »Osteinsatz« 1939–1945. *Akademische Mobilität zwischen Berliner Universität und Reichsuniversität Posen*, in: *Jahr, Berliner Universität*, S. 49–70, hier S. 69. Thiel, *Lehrkörper*, S. 519.

Berliner Hochschulmediziner als Funktionsträger in der Forschungsförderung

Expertenwissen, Handlungsfähigkeit, Selbstrekrutierung, Selbstindienstnahme und Initiative der Wissenschaftler, die einem nicht wissenschaftsfeindlichen Staat ihre Problemlösungskompetenz andienten, wofür sie materielle, finanzielle wie personelle Ressourcen erhielten, wurde im Nationalsozialismus große Bedeutung zugemessen. Auch die Berliner Hochschulmedizin war durch Personen und Projekte in den wissenschaftlichen Apparat des nationalsozialistischen Staates eingebunden. Im Rahmen einer keineswegs orientierungslosen nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik hat dieses zu einer nicht zu unterschätzenden Effektivität geführt und zwar, ohne auch nur einen Wissenschaftler zu nötigen. Dieser agierte vielmehr als »hochspezialisierter Experte, der ... ohne moralische Bedenken sein Geschäft mit der Diktatur machte« und dessen »interessengeleiteten Strategien« darauf beruhten, »entweder von Kritik an den Zielsetzungen der Forschung abzusehen oder die eigenen Zielsetzungen als gleichbedeutend mit denen des Staates zu propagieren«,²⁸

Förderungen von Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG), Reichsforschungsrat (RFR) und Militär stellten Hochschulforschern einen »Freiraum« zur Verfügung, in dem sie ihre »Kreativität und ihre Bereitschaft zum Engagement für das Regime und seine Kriegsziele in der Atmosphäre einer auf das Wissenschaftliche begrenzten Vielstimmigkeit bei gleichzeitiger Akzeptanz des politischen Grundkurses verwirklichen« und in grundsätzlicher Übereinstimmung mit der herrschenden Politik ihr »Engagement für das Regime und seine Kriegsziele« im Selbstverständnis eines Wissenschaftlers einsetzen konnten.²⁹ So wollte etwa der Chirurg Ferdinand Sauerbruch in seiner Funktion als Fachspartenleiter für Medizin im RFR ausdrücklich keinen übergeordneten Plan für die medizinische Forschung erstellen. Vielmehr war er sich dessen bewusst, »daß Anregungen, die von uns an die Forscher ergehen, nicht so erfolgreich bearbeitet werden, wie

28 Jessen, Elite, S. 34. Mitchel Ash: Wissenschaftswandel in Zeiten politischer Umwälzungen: Entwicklungen, Verwicklungen, Abwicklungen, in: Internationale Zeitschrift für Geschichte, Ethik der Naturwissenschaften, Technik und Medizin 3 (1995), S. 1–21, hier S. 9.

29 Patrick Wagner: »Reservat der Ordinarien«. Zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft zwischen 1920 und 1970, in: Karin Orth/Willi Oberkrome (Hrsg.): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik (= Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 4), Stuttgart 2010, S. 23–38, hier S. 35.

Arbeiten, die umgekehrt von der Wissenschaft selbst ausgehen und auf Antrag unterstützt werden«. ³⁰

Ein Generationswechsel nach 1933 brachte junge, stark politisierte, pragmatisch orientierte und auf Effizienz bedachte Wissenschaftler, die zum Teil eng miteinander verbunden waren, auch in die Führungsspitze von DFG und RFR. Mit ihnen wusste sich die ältere Generation über konkurrierende Fraktionen, Seilschaften und Wissenschaftlertypen hinweg in ihrer politischen Orientierung, soweit sie in der Ablehnung des demokratischen Weimarer Systems bestand, in ihrem Habitus als gebildete Elite der Gesellschaft, der besondere Rechte quasi natürlich zustünden, oder in ihrer zumindest verbalisierten Ausrichtung eigener Bemühungen auf ein Volksganzes verbunden. ³¹

Die Berliner Hochschulmedizin war in das Wissenschaftssystem des nationalsozialistischen Staates gut integriert. Dies war auch der geographischen Nähe zum politischen Machtapparat wie auch zu militärischen Wissenschaftseinrichtungen geschuldet. So verfügten Mitglieder der Charité über direkte Kontakte zu Regierungsmitgliedern bis hin zum Reichskanzler, waren selbst Funktionsträger in diesem Apparat oder Mitglieder einflussreicher Wissenschaftsagenturen, wie des RFR oder der DFG. Zu diesen gehörte Ferdinand Sauerbruch, Professor für Chirurgie, der als »differenzierter Bejager« der NS-Regierung beschrieben wird. ³² Seit 1933 war er Fachgutachter der DFG, seit 1937 Fachspartenleiter für Allgemeine Medizin im »ersten« und von 1943 bis 1945 im »zweiten« RFR. ³³ Sauerbruch, der bis Ende des Krieges »persönlichen Kontakt zu hohen SS-Führern, zu Reichsleitern der NSDAP, zu Reichsministern und zu Hitler selber« hatte, ³⁴

30 Sauerbruch an Becker 10.12.1937, in: Bundesarchiv (BArch), R 73, Nr. 14176, unpubliziert. zitiert nach Gabriele Moser: Deutsche Forschungsgemeinschaft und Krebsforschung 1920–1970 (= Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 7), Stuttgart 2011, S. 113.

31 Sabine Schleiermacher: Wissenschaftliche Rationalität und verbrecherische Praxis. »Ostforschung« als Förderschwerpunkt der DFG, in: NTM 21 (2013), S. 187–195.

32 Fridolf Kudlien/Christian Andree: Sauerbruch und der Nationalsozialismus, in: Medizinhistorisches Journal Bd. 15 (1980), S. 201–222, hier S. 221.

33 Schon 1930/31 waren in den Fachausschüssen für Theoretische und Praktische Medizin in der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (DFG) mehrere Angehörige der Berliner Medizinischen Fakultät vertreten, wie Wilhelm Trendelenburg (Physiologie), Martin Hahn (Hygiene und Bakteriologie), August Bier (Chirurgie, Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde), Karl Bonhoeffer (Nervenheilkunde und Psychiatrie), Adalbert Czerny (Kinderheilkunde), Hermann Schröder (Zahnheilkunde) und Emil Krückmann. 1933 ersetzte Sauerbruch Bier als Fachgutachter für Chirurgie. Moser, Krebsforschung, S. 29 Fußnote 90. Sören Flachowsky: Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg (= Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 3), Stuttgart 2008, Anhang I, S. 30f.

34 Kudlien/Andresen, Sauerbruch, S. 219.

war unmittelbar nach 1933 in die Entscheidungsprozesse um die zukünftige Gestaltung der DFG einbezogen sowie für prominente Funktionen in dem neuen Hauptausschuss der DFG vorgesehen. Die Bedeutung, die die Reichsregierung Sauerbruch zumaß, dokumentiert der Vorschlag des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM), ihn als einen von vier Präsidenten für die für 1935 geplante Reichsakademie der Forschung für das Gebiet Medizin vorzusehen.³⁵ Darüber hinaus bekleidete Sauerbruch verschiedene höchste wissenschaftliche Ehrenämter, darunter auch in militärischen Zusammenhängen.³⁶ Sein Kollege Werner Jansen, seit 1933 beamteter a.o. Professor, seit 1935 o. Professor für »Natürliche Heil- und Lebensweisen«, war 1934 bis 1936 Referent für medizinische Fakultäten im REM. Von 1935 bis 1937 war er, gemeinsam mit dem Berliner Professor für Ackerbau und Landbaupolitik, Konrad Meyer, Vizepräsident der DFG,³⁷ wo er mit der Bewilligung medizinischer Forschung befasst war und »wichtige Grundsatzfragen in der DFG mitentscheiden und diese nach Möglichkeiten im Sinne des Ministeriums beeinflussen« konnte.³⁸ Ein weiterer Kollege war Kurt Blome, seit 1941 Honorarprofessor für Dermatologie. Ab 1937 war er im RFR Fachspartenleiter für Bevölkerungspolitik, Erbbiologie und Rassenpflege und ab 1943 Bevollmächtigter für Krebsforschung. Zwischen 1943 und 1945 war er vom RFR mit dem Aufbau und der Leitung eines »Zentralinstituts für Krebsforschung« im Kloster Nesselstedt bei Posen beauftragt und gehörte als Beauftragter für biologische Kriegsführung der Arbeitsgemeinschaft »Blitzableiter« des Oberkommando der Wehrmacht (OKW) an.³⁹ Darüber hinaus bekleidete er verschiedene höchste Ämter in Wissenschaft, Staat, Partei

35 Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 239f.

36 So war Sauerbruch, der 1942 zum Generalarzt d. R. ernannt worden war, beratender Chirurg des Heeres im Wehrkreis III (1939), ordentliches Mitglied im Wissenschaftlichen Senat der Militärärztlichen Akademie, beratender Arzt der Lehrgruppe C der Militärärztlichen Akademie, Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften (1937), der Arbeitsgemeinschaft für Krebsforschung (1941) und des Wissenschaftlichen Beirats des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen Karl Brandt (1944). Flachowsky, Notgemeinschaft, Anhang I, S. 20; Anhang II, S. 66.

37 Jansen war, wie auch Konrad Meyer, der für den »Generalplan Ost« verantwortlich zeichnete, Mitglied der NSDAP und SS. Michael Grüttner: Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 84, 119f. Isabel Heinemann/Willi Oberkrome/Sabine Schleiermacher/Patrick Wagner: Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten. Katalog zur Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn, Berlin 2006. <https://www.dfg.de/pub/generalplan/sitemap.html> (letzter Zugriff am 14.01.2021).

38 Moser, Krebsforschung, S. 74. Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 191. Vossen, Wissenschaft, S. 30.

39 Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 336, Anhang I, S. 3.

und Militär.⁴⁰ Ein anderer Kollege war Karl Brandt, ab 1935 Oberarzt an der Berliner Chirurgischen Universitätsklinik und 1940 Honorarprofessor für Chirurgie. 1943 wurde er von Hitler zum Generalkommissar und 1944 zum Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen ernannt.⁴¹ Gemeinsam mit Paul Rostock, 1933 Oberarzt, 1941 Professor sowie Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik Berlin und 1942 Dekan der Berliner Medizinischen Fakultät, gehörte Brandt dem Präsidialrat des »zweiten« RFR (1943–1945) an. Das von ihm geleitete Generalkommissariat war mit der Koordination des militärischen und des zivilen Gesundheitswesens, einschließlich medizinischer Forschung befasst.⁴² Rostock war 1943 von seinem ehemaligen Oberarzt, Brandt, zu dessen Stellvertreter und Leiter des Amtes für Wissenschaft und Forschung des Generalkommissariats ernannt worden. In diesen Funktionen entschieden Brandt und Rostock über die Förderung kriegsrelevanter medizinischer Forschungsprojekte, wozu auch wehrmedizinische Forschung gehörte.⁴³ Unterstützung erwarteten sie von dem von ihnen eingerichteten Wissenschaftlichen Beirat, dem ab 1944 auch zahlreiche Berliner Kollegen angehörten. So fand sich in der Charité ein personales Netzwerk, das über Beziehungen bis in höchste Kreise von Wissenschaft und Politik des nationalsozialistischen Staates verfügte.

Einsatz für die Volksgesundheit: Krebsforschung und »Rassenforschung«

Wichtiges Mittel der Forschungsförderung der DFG waren die interdisziplinär ausgerichteten, programmatische Schwerpunkte setzenden, praxis- und

40 Blome (1890–1943) war Mitglied der NSDAP (1922/1931) und SA (1931), Geschäftsführer der 1935 neu gegründeten Reichsärztekammer sowie 1938 der internationalen Akademie für ärztliches Fortbildungswesen, ab 1939 stellv. Leiter des NS-Ärztebundes, stellv. Leiter des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP und der Reichsärztekammer, Hauptschriftleiter der Zeitschrift »Ziel und Weg« (Organ des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes), Vorstandsmitglied des Reichsausschusses für Krebsbekämpfung und Mitherausgeber der »Zeitschrift für Krebsforschung«. Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a.M. 2003, S. 54.

41 Brandt war bereits 1932 in die NSDAP eingetreten, ab 1935 SS-Sturmbannführer beim Stab des SS-Hauptamtes, nach dem Überfall auf Polen SS-Obersturmbannführer der Waffen-SS. Angelika Ebbinghaus/Klaus Dörner (Hrsg.): Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Folgen, Berlin 2001, S. 624–626.

42 Grüttner, Lexikon, S. 142.

43 Moser, Forschungsgemeinschaft, S. 191. Winfried Süß: Der »Volkkörper im Krieg«. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, Oldenbourg 2003, S. 86, 88, hier S. 425.

anwendungsbezogenen und als reichsweite Plattformen des Wissenstransfers dienenden Schwerpunktprogramme in der Form von groß angelegten »Gemeinschaftsarbeiten«. Sie wurden als eine Art Exzellenzcluster vor dem Hintergrund alter Netzwerke konzipiert, deren Strukturen bereits im Ersten Weltkrieg gelegt worden waren und die nicht nur für eine Mobilisierung von Wissenschaftlern, sondern auch für ihre enge Verbindung mit dem Militär gesorgt und zu einer Enthemmung ihres Verhältnisses zur modernen Kriegsführung und langfristig zu einem Heranrücken an staatliche und militärische Instanzen geführt hatten. DFG und RFR wurden zu den wichtigsten Vergabeinstanzen bei der Unterstützung zentraler Forschungsprojekte während des Nationalsozialismus, wozu neben der Krebsforschung auch die »Rassenforschung«, die bereits 1928 von der DFG gefördert worden war, gehörte, und dienten damit der Modellierung eines neuen paradigmatischen Wissens-, Ordnungs- und Legitimationssystems.⁴⁴ Individuelle Leistungsfähigkeit und Gesundheit des »Volkskörpers« bildeten als »Volksgesundheit« eines der Leitbilder nationalsozialistischer Ideologie, die eng mit ihrer Rassenideologie verbunden war. So rückte Krebs als zu bekämpfende »Volksseuche« in den Blick auch der Forschungsförderung.

Die Krebsforschung war weitgehend durch Stiftungen und Vereine gefördert und an der Charité »aus privaten Spenden« finanziert worden. So war sie auf eine Zusatzfinanzierung angewiesen und deshalb kam der Förderung als Kooperationspartner einer Gemeinschaftsarbeit große Bedeutung zu.⁴⁵ Ende der Weimarer Republik waren die Mittel für die Forschungsförderung stark gekürzt worden, wovon insbesondere die medizinische Forschung betroffen war. Die Knappheit sollte durch »Konzentration« auf Hauptprobleme der Medizin, wozu jedoch nicht die Krebsforschung gerechnet wurde, kompensiert werden. Nachdem angesichts der anhaltenden ökonomischen Krise Anfang der 1930er Jahre die »langwierige experimentelle Tumorforschung« als nicht finanzierbar eingeschätzt wurde, gleichzeitig von medizinischer Forschung »schneller praktisch verwertbare Ergebnisse« erwartet wurden, wurde der Krebsforschung 1936 wieder größere Bedeutung zugemessen.⁴⁶ Das Reichsgesundheitsamt, der Reichsausschusses

44 Patrick Wagner: »Reservat der Ordinarien«. Zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft zwischen 1920 und 1970, in: Orth/Oberkrome, Forschungsgemeinschaft, S. 23–38, hier S. 31, 33.

45 Moser, S. 61f.

46 Moser, Krebsforschung, S. 54. Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 377, Tabelle 1. »Einen hohen Anstieg hatte der Etat der Forschungsförderung auf dem Gebiet der Biologie und Landwirtschaft zu verzeichnen ..., die Medizin dagegen konnte ihren prozentualen Anteil am DFG-Etat nach dem katastrophalen Einbruch 1933/34 zwar verdreifachen (1935: 4,3 Prozent/ 1936: 5,2 Prozent/ 1937: 15,4 Prozent),

für Krebsbekämpfung (RAK), die DFG und das REM vereinbarten ein Tumorforschungsprogramm als wissenschaftliche »Gemeinschaftsarbeit«, durch das Kooperation, Kommunikation und Nachwuchsrekrutierung auf dem Gebiet der Krebsforschung gesichert werden sollten.

In diesem Entscheidungsprozess hatte der bereits erwähnte Werner Jansen, aktiv in REM und DFG, eine zentrale Rolle eingenommen. In Absprache mit dem Reichsgesundheitsamt, dessen Präsident, Hans Reiter, Honorarprofessor für Hygiene an der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin,⁴⁷ und dem Vorstand des RAK, dem Pharmakologen Wolfgang Heubner und Hans Auler, dem ehemaligen Assistenten des als »Juden« diffamierten und vertriebenen Leiters des Instituts für Krebsforschung der Medizinischen Fakultät, Ferdinand Blumenthal, das jetzt von Ferdinand Sauerbruch geleitet wurde, hatte Jansen dieses Forschungsprogramm auf den Weg gebracht.⁴⁸ So stieg bei DFG / RFR, wo Ferdinand Sauerbruch die Forschungsanträge in seiner Funktion als Fachspartenleiter Medizin begutachtete, seit 1937 der Anteil der bewilligten Mittel für die Krebsforschung auf ein Drittel ihres Medizinetats und noch 1942 entfiel jedes vierte medizinische Forschungsprojekt auf die Krebsforschung.⁴⁹ Von dieser Entwicklung profitierten verschiedene Institute der Berliner Hochschulmedizin, wie die Pharmakologie, Pathologie, Chirurgie, die Universitäts-Frauenklinik oder das Institut für Geschwulstkrankheiten.⁵⁰

aber selbst dieser Höchststand an verfügbaren Forschungsmitteln während der NS-Zeit entsprach nur dem bereits 1930 erreichten Niveau.« Moser, Krebsforschung, S. 57. Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 377, Tabl II.

- 47 Reiter, der seit 1928 Honorarprofessor in Rostock war, war von 1926–1933 Direktor des Landesgesundheitsamtes in Mecklenburg-Schwerin, 1932 Abgeordneter der NSDAP im Landtag Mecklenburg-Schwerin und seit 1933 Präsident des Reichsgesundheitsamtes. In letzter Funktion verfügte Reiter über großen politischen Einfluss, u.a. als Mitglied der Akademie der Naturforscher Leopoldina, Mitglied im Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik im Reichsinnenministerium, im Reichsausschuss für Volksgesundheit, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Hygiene sowie der Deutschen Gesellschaft für Ernährungsforschung, a.o. Mitglied des Wiss. Senats des Heeresgesundheitswesens (1942), Wissenschaftlicher Beirat des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen von Karl Brandt (1944). Grüttner, Lexikon, S.138. Klee, Personenlexikon, S. 490.
- 48 Moser, Krebsforschung, S. 58f., 62. Gabriele Moser: Zersplitterung, Gemeinschaftsarbeit, Institutionalisierung. Die deutsche Krebsforschung im Förderungshorizont der Notgemeinschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970, in: Orth/Oberkrome, Forschungsgemeinschaft, S. 293–308, hier S. 297.
- 49 Die Fördersumme entsprach jedoch nur dem »1930 erreichten Niveau«. Moser, Krebsforschung, S. 57. Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 377, Tabelle 2. Moser, Zersplitterung, S. 300.
- 50 Vgl. die Forschungsanträge von Mitarbeitern der Charité, in: Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1945, BArch R73.

Die durch die Form der Gemeinschaftsarbeit von DFG / RFR induzierte Kooperation zwischen verschiedensten Institutionen und Disziplinen führte zu offiziellem wie informellem wissenschaftlichem Austausch und Effizienz. Dieser Arbeitszuschnitt kann, wie Moser schreibt, als »Modell für den Hinterzarterner Kreis« angesehen werden, eine Plattform, die »seit 1951 als wichtigster Beraterkreis auf dem Gebiet der Krebsforschung in Deutschland galt.«⁵¹ Auch einzelne Wissenschaftler aus den während des Nationalsozialismus geförderten Forschungsprojekten beeinflussten später die bundesrepublikanische Krebsforschung nachhaltig, wie etwa der nach 1945 national wie international geehrte Hermann Druckrey.⁵² Druckrey, Mitglied in NSDAP und SA, war ab 1933 Assistent an dem von Heubner geleiteten Pharmakologischen Institut, wo er sich 1936 habilitierte und 1942 nicht beamteter Professor wurde.⁵³ Wiederholt förderte die DFG / RFR zwischen 1937 und 1944 seine Projekte in der Krebsforschung.⁵⁴

Eine neue Perspektive in der Krebsforschung hatte die Strahlentherapie eröffnet, die seit Entdeckung des Radiums wie der Röntgenstrahlen entwickelt wurde. Nachdem aus dem Berliner Krebsinstitut über 90 Prozent der Mitarbeiter, darunter auch Radiologen, mithilfe des GWB vertrieben worden waren,⁵⁵ forschte und experimentierte mit der neuen Technik neben anderen Henri Chaoul, der Leiter der Radiologischen Abteilung der Sauerbruch unterstehenden Chirurgischen Klinik und Poliklinik.⁵⁶ Chaoul, im Libanon geboren, hatte 20 Jahre mit Sauerbruch, der ihm bei der Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft wie des beamteten Extraordinariats für Strahlenkunde in Berlin 1930 behilflich war,⁵⁷ in Zürich, München und Berlin zusammengearbeitet. Spätestens seit Ende 1936 verfolgte Chaoul das Ziel, die Radiologie in einem eigenständigen Institut als selbständige Disziplin zu etablieren. Während ihm Sauerbruch im Zusammenhang mit einer Erweiterung seines Institutsgebäudes mehr Raum anbot, hatte Chaoul über seinen Kollegen Karl Brandt, der auch »Leibarzt des Führers« war,

51 Moser, Zersplitterung, S. 303.

52 Moser, Krebsforschung, S. 44.

53 Udo Schagen: Von der Freiheit und den Spielräumen der Wissenschaft(ler) im Nationalsozialismus: Wolfgang Heubner und die Pharmakologen der Charité 1933 bis 1945, in: Schleiermacher/Schagen, Charité, S. 207–227.

54 Vgl. die Forschungsanträge von Druckrey, in: BArch R 73.

55 Peter Voswinckel: Erinnerungsort Krebsbaracke. Klarstellungen um das erste interdisziplinäre Krebsforschungsinstitut in Deutschland (Berlin, Charité), Berlin 2014, S. 82.

56 Vgl. zum Folgenden BArch, BDC/REM, Chaoul, Henri.

57 Michael Grüttner: Die Universität in der Weimarer Republik, in: Grüttner, Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010, Bd. 2, S. 67–134, hier S. 121.

Hitler auf seine »Erfindungen« hinweisen lassen, wobei hervorgehoben wurde, dass Chaoul mit Röntgenstrahlen arbeite, was die Verwendung des äußerst teuren und hauptsächlich von außerhalb des Reiches beschaffbaren Radiums »zu Heilzwecken überflüssig mache«. ⁵⁸ Seither konnte sich Chaoul auf die Unterstützung seines Planes aus der Reichskanzlei, die auch erhebliche finanzielle Mittel für einen Neubau zugesagt hatte, berufen.

Sauerbruch schrieb in seiner Stellungnahme zu dieser Frage, dass alle Versuche zur Verbesserung der Krebstherapie zu begrüßen seien, da aber alle Abteilungen einer Chirurgischen Klinik »eine Einheit bilden«, müsse man »die Selbstständigkeit eines Röntgeninstitutes von vornherein ablehnen«. Die »Röntgenologie« habe »oft nur den Wert einer ausgezeichneten Methode«. Im Übrigen betrachte er das Vorgehen Chaouls, den er »förderte« und den er »mehrfach in sehr kritischen Situationen, noch dazu in letzter Zeit, schützte«, als »Vertrauensbruch« wie »unkameradschaftliches Verhalten«. Ein »besonderes Institut« liege »nicht im Interesse der Klinik« und sei »nicht nötig«. ⁵⁹

Der Leiter der Deutschen Röntgen-Gesellschaft, der Röntgenologe Professor Karl Frik, äußerte sich in seinem Gutachten zur Frage eines »Röntgeninstituts« inhaltlich völlig entgegengesetzt, in mancher Hinsicht wesentlich deutlicher. So hielt er die »Verselbständigung« nicht nur für »zweckmäßig, sondern dringend zu wünschen«. Chaoul hielt er für ungeeignet »für die Übernahme einer repräsentativen Stellung in Deutschland«, allein schon weil er »kein Deutscher« sei. »Er betont immer mit besonderer Schärfe, dass er kein Jude sei. Ob es ihm gelungen ist, das wirklich nachzuweisen, ist mir nicht bekannt.« Vielmehr habe er gehört, dass der Bruder Chaouls »ganz sicher« »Jude« sei. ⁶⁰ Nach längeren Verhandlungen erhielt Chaoul im Rahmen einer Rochade mit Frik am Röntgen-Institut des Robert-Koch-Krankenhauses in Moabit, welches für ihn in ein Universitätsinstitut umgewandelt worden war, den zweiten Lehrstuhl für Röntgenologie an der Universität Berlin, nachdem Frik von dort auf einen Lehrstuhl an der Charité gewechselt war. Nach dem Tode Friks 1944 wurde Chaoul auch die Leitung des Universitätsinstituts für Radiologie der Charité übertragen. Zudem wurde er »auf Wunsch des Führers« als Leiter des Röntgen-Instituts der in Berlin geplanten »Universitätsstadt« vorgesehen. ⁶¹

58 Vermerk vom 10. Oktober 1936, in: BArch R 43, Nr. 4093.

59 Ferdinand Sauerbruch an REM, Werner Jansen, 05.06.1936, in: BArch, BDC/REM, Chaoul, Henri.

60 Karl Frik an REM, 15.06.1936, in: BArch, BDC/REM, Chaoul, Henri.

61 REM Rust an Lammers, 02.03.1942, in: BArch, R43, 4093.